# ZONENREGLEMENT

### Einwohnergemeinde Brunnenthal



Öffentliche Auflage

vom 29. Juni 2006 bis 28. Juli 2006

vom Gemeinderat beschlossen

am 1. Februar 2007

Der Gemeindepräsident:

Die Gemeindeschreiberin:

Vom Regierungsrat genehmigt

Alver Sleer Emaderial

mit Beschluss-Nr. 2007/527 vom 3. April 2007

pr. K. fulmakus



Gestützt auf § 9 Abs. 2 PBG des Planungs- und Baugesetzes vom 3. Dezember 1978 erlässt die Einwohnergemeinde Brunnenthal folgende Bestimmungen:

§	1	Zonen	
1	Unterteilung	Das Gemeindegebiet von Brunnenthal ist gemäss Zonenplan in folger nen (und Gebiete) unterteilt:	nde Zo-
2	Bauzone	<ul> <li>- Kernzone</li> <li>- Gewerbezone mit eingeschränkter Wohnnutzung</li> <li>- Zonen für öffentliche Bauten und Anlagen</li> </ul>	K G öBA
3	Landwirtschafts- zone	- Landwirtschaftszone	L
4	Schutzzone	- Kommunale Landschaftsschutzzone - Freihaltezone	LS F
5	Weitere Inhalte	<ul> <li>Kulturobjekte geschützt/schützenswert</li> <li>geschützte archäologische Fundstellen</li> <li>Schadstoffbelastete Böden</li> <li>Belasteter Ablagerungsstandort</li> </ul>	
6	Nutzungs- und andere Zonen- vorschriften	Die Nutzung der Zonen richtet sich nach den § 26 – 38 des Planungs- und Baugesetzes (PBG) und den nachfolgenden Bestimmungen.	

§	2	Kernzone		K	
1	Zweck	Erhaltung, Nutzung und Ergänzung des historischen Dorfkerns mit seinen Strassenräumen, Plätzen, Grünräumen und den ortstypischen, prägenden Bau- ten des Dorfkerns.			
2	Nutzung	be- und Dienstleistungsbetriebe wie Läden, Restaurants, Arzt salons sowie Landwirtschaftsbetriebe usw. Nicht zulässig sind	Zulässig sind Wohnbauten und nicht störende quartierspezifische Kleingewerbe- und Dienstleistungsbetriebe wie Läden, Restaurants, Arztpraxen, Coiffeursalons sowie Landwirtschaftsbetriebe usw. Nicht zulässig sind quartierfremde Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe sowie Heime, Tagungs- und Schulungszentren usw.		
3	Bauweise	Sämtliche baulichen Massnahmen haben sich typologisch (Proportionen, Bauart, Dachform, farbliche Gestaltung) in die bestehenden Strukturen einzuordnen.			
4	Baumasse	Grünflächenziffer Geschosszahl Gebäudehöhe Gebäudelänge (2 Geschosse)	mind. max. max. max.	40 % 2 G 7.5 m 25 m	
5	Umgebung	Es ist eine starke Durchgrünung mit standortheimischen, regi Sträuchern und Bäumen anzustreben.	onstypis	schen	
6	Antennen	Parabolantennen sind wenn möglich an den Fassaden zu montieren.			
7	Dachform Eindeckung	Zugelassene Dachformen: Walm-, Krüppelwalm- und Satteldach. Die Dachneigung von Hauptgebäuden hat zwischen 25° und 45° zu betragen. Dachvorsprünge müssen bei der Stirnseite mind. 0.60 m und bei der Traufseite mind. 0.80 m betragen; bei An- und Nebenbauten mind. 0.50 m. Für die Dacheindeckung sind naturrote oder erdfarbene Tonziegel, bei Nebenbauten ausnahmsweise auch brauner oder roter Eternitschiefer gestattet. Für Dachaufbauten und Dacheinschnitte gilt § 64 der Kantonalen Bauverordnung.			
8	Sonnen- kollektoren				
9	Besondere Bestimmungen				
10	10 Lärmempfindlichkeitsstufe ES II				

§	3	Gewerbezone (PBG § 32)		G
1	Zweck	Gewerbezone mit eingeschränkter Wohnnutzung.		
2	Nutzung	Mässig störende Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe mit wendigen Wohnungen. Nicht zulässig sind Betriebe mit vo und Umschlagsfunktion.	t den betri rwiegend	iebsnot- Lager-
3	Baumasse Gestaltung	Grünflächenziffer	max. mind. max.	50 % 15 % 7.5 m
4	Umgebung	Die nicht überbauten Flächen sind möglichst naturnah zu gestalten. Insbesondere sollen zusammenhängende Flächen mit humusfreien Rohböden (Kies, Mergel, Sand) geschaffen werden. Ansaaten und Bepflanzungen sind mit regionstypischen, standortheimischen Pflanzen, bzw. Saatgut auszuführen.		
5		Lärmempfindlichkeitsstufe ES III		
_ §	4	Zone für öffentliche Bauten und Anl	agen	öBA
1	Zweck	Sicherung der für die öffentlichen Aufgaben benötigten F	lächen.	
2	Nutzung	Öffentliche und öffentlichen Zwecken dienenden Bauten	und Anlag	jen.
3	Baumasse	Ausnützungsziffer Grünflächenziffer Geschosszahl Gebäudehöhe	keine mind. max. max.	40 % 2 G 7.5 m
4	Umgebung	Die Umgebung ist naturnah zu gestalten. Insbesondere so gende Flächen mit humusfreien Rohböden (Kies, Mergel, werden. Bepflanzungen sind mit regionstypischen, stando zen auszuführen.	Sand) gesc	natten
5	Besondere Bestimmungen	Land in dieser Zone ist der Abtretungspflicht gemäss § 42	PBG unter	rstellt.
6		Lärmempfindlichkeitsstufe ES II		

§ 5		Landwirtschaftszor	ne (PB	G § 37 bis)		L		
1 Zw	eck .	Sicherung ausreichender Kultu desversorgung sowie zum Sch	urlandfläe utz von N	che für die Landwi Natur und Landscha	rtschaft und aft.	die Lan-		
2 Nu	itzung	Bodenschonende, überwiegen Acker- und Futterbau, Tierhalt denabhängig produzierender notwendigen ökologischen Au und Anlagen gelten die entspr	ung, Gem Gartenba Isgleichsf	nüse- und Obstbau iu mit Erhalt und/od lächen. Für die Zulä	und uberwi der Schaffur issigkeit von	egend bo- ng der i Bauten		
3 Ba	uweise	Die Bauweise der zulässigen E orientieren. Bauten haben sic wie Umgebungsgestaltung ur Es ist ein in Abwägung sämtli	h in Bezu nd Bepfla	ig auf Ausmass, Ge Inzung ins Landsch	estaltung, St Laftsbild ein:	ellung so- zufügen.		
4 Ba	iumasse	Geschosszahl Silos	mind.	1 G	max. max.	2 G 12 m		
5 Ge	estaltung	Dachformen  Dachneigung Gehrschilder/Walme Bedachung  Bei Nebenbauten und landwinicht wesentlich in Erscheinuform abgewichen werden.	gleich g mind. je nach Tonzieg braun d irtschaftli	25° best. Bauten und l gel, Eternitschiefer oder rot. ichen Zweckbauter	max. max. Umgebung oder Welle n, die landso	max. 45° max. 55° Imgebung naturrote- oder Welleternit , die landschaftlich		
6 Sil	los	Silos sind möglichst unauffäll kelbrauner, dunkel- oder gra	lig zu pla ugrüner	tzieren und je nach Farbe zu halten.	ո Umgebun	g in dun-		

§	6	Kommunale Landschaftsschutzzone (PBG § 36)		LS
1	Zweck	Erhaltung der unverbauten Landschaft mit ihren typischen Landsc ten wie Hecken, Bäume, Gehölze, Bachläufe usw.	chaft	selemen-
2	Nutzung	Gemäss Grundnutzung (Landwirtschaftszone) soweit dies mit der Abs. 1 vereinbar ist.	n Ziele	en nach
3	Bauten und Anlagen	Bauten, bauliche Anlagen sowie andere landschaftsverändernde Massnahmen sind unzulässig. Zufahrten zu landwirtschaftlich ger bäuden sind möglich.	nutzt	en Ge-
4	Ausnahmen	Ausnahmen von Abs. 3 (z.B. für kleinere Bienenhäuser und kleine terstände, Einzäunungen für Obstanlagen) sind möglich, wenn si zweck nicht widersprechen, sie zur Bewirtschaftung erforderlich beanspruchten Standort angewiesen sind, oder der Schaffung vo Biotopen dienen. Terrainveränderungen im Sinne von § 17 der Vüber den Natur- und Heimatschutz sind möglich sowie Sanierunghenden Entwässerungen.	ie der und a in nat erord	n Schutz- auf den arnahen Inung
§	7	Freihaltezone (PBG § 36)		F
1	Zweck	Trennung und Gliederung der Bauzone.		
2	Nutzung	Landwirtschaftlich, gartenbaulich, zur Kleintierhaltung oder als I	Park.	
3	Bauten	Gebäudehöhe m	nind. nax. nax.	80 % 2.5 m 5 m
4	Besondere Bestimmungen	Die Freihaltezone ist vorzugsweise mit Bäumen und einheimisch standortgerechten Sträuchern zu bepflanzen.	en	

### § 8 Kulturobjekte geschützt/schützenswert

#### 1 Generelle Vorschriften

Baugesuche, die kantonal geschützte Objekte betreffen, sind der kantonalen Denkmalpflege zur Genehmigung und solche, die schützenswerte oder erhaltenswerte Objekte betreffen, zur Stellungnahme zu unterbreiten. Bauliche Massnahmen an solchen Objekten sind möglichst frühzeitig, d.h. im Zeitpunkt des Vorprojekts mit der Denkmalpflege und der Baukommission abzusprechen. Bauvorhaben bei solchen Objekten verlangen eine entsprechend anspruchsvolle Gestaltung.

#### 2 Geschützte Objekte (PBG § 122ff)

Die im Bauzonen- und Gesamtplan als geschützt bezeichneten Objekte sind aufgrund ihres architektonischen, kulturellen oder historischen Wertes durch Beschluss des Regierungsrates geschützt. Sie sind entsprechend der Schutzverfügung so zu erhalten und zu unterhalten, dass ihr Bestand gesichert ist. Alle Veränderungen bedürfen der Genehmigung der kantonalen Denkmalpflege, insbesondere auch die Erneuerung oder Änderung von Farben, Materialien und Details wie Fenster, Fensterläden, Türen, Verputz, Bedachung, Holzwerk usw. Alle Arbeiten sind im Sinne der Denkmalpflege und in enger Zusammenarbeit mit ihr auszuführen. Details sind jeweils vor der Ausführung mit ihr abzusprechen.

#### 3 Schützenswerte Objekte

Als schützenswert sind im Zonenplan wichtige und charakteristische Bauten bezeichnet, die als Einzelobjekte (Eigenwert) und als Bestandteil einer Gebäudegruppe bzw. des Ortbildes (Situationswert) von Bedeutung sind. Ziel ist es, sie in ihrer ursprünglichen Form (Lage, Stellung, Volumen, Proportionen, äusserer Erscheinung) sowie in ihrer alten Bausubstanz möglichst ungeschmälert zu erhalten. Ihre Unterschutzstellung ist zu prüfen (insbesondere bei Veränderungs- und Abbruchgefahr). Ein Abbruch soll nur erwogen werden, wenn keine Sanierung möglich ist, und wenn gleichzeitig ein bewilligungsfähiges Ersatzobjekt mit gesicherter Ausführung vorliegt. In solchen Fällen sollen für den Neubau Lage, Stellung, Proportionen sowie Dach- und Fassadengestaltung des ursprünglichen Gebäudes richtungsweisend übernommen werden. Allfällige Abweichungen, die im Rahmen der Zonenvorschriften zulässig sind, sollen zu einer Verbesserung führen und das Gesamtbild der zugehörigen Häusergruppe nicht beeinträchtigen.

## § 9 Geschützte archäologische Fundstellen

#### 1 Generelle Vorschriften

Durch die Kulturdenkmälerverordnung vom 19. Dezember 1995 werden die archäologischen Funde und Fundstellen unmittelbar geschützt (§5). Ohne Zustimmung der Kantonsarchäologie dürfen keine Geländeveränderungen im Bereich der geschützten Fundstelle vorgenommen werden (§14). Vor Erteilen einer Baubewilligung sind der Kantonsarchäologie alle Baugesuche zur Zustimmung einzureichen, die sich auf geschützte archäologische Fundstellen und deren Umgebung beziehen (§17).

## § 10 Schadstoffbelastete Böden (gemäss § 13 bis Abs. 2 KAV)

#### 1 Beschreibung

Im ausgewiesenen Gebiet "Schadstoffbelastete Böden" muss mit Belastungen des Bodens oberhalb der Richtwerte gemäss Verordnung über Belastungen des Bodens vom 1. Juli 1998 (VBBo; SR 814.12) gerechnet werden. Lokal sind auch Überschreitungen der Prüf- oder Sanierungswerte nicht auszuschliessen. Schadstoffbelastete Böden mit Überschreitung der Richtwerte VBBo werden im Verzeichnis der schadstoffbelasteten Böden VSB gemäss § 13 bis Abs. 1 Kantonale Verordnung über die Abfälle vom 26. Februar 1992 (KAV; BGS 812.52) erfasst. Schadstoffbelastete Böden, die belastete Standorte im Sinne von Art. 2 Verordnung über die Sanierung belasteter Standorte vom 26. August 1998 (AltIV; SR 814.680) sind, werden bei Überschreitung der Sanierungswerte in den Kataster der belasteten Standorte gemäss Art. 32 c Abs. 2 Bundesgesetz über den Umweltschutz vom 7. Oktober 1983 (USG; SR 814.01) resp. Art. 5 AltiV eingetragen.

#### 2 Handlungsanweisung

Bei Bauvorhaben mit Aushub in schadstoffbelasteten Böden ist die Gemeinde gemäss § 12 Kantonale Verordnung über die Abfälle vom 26. Februar 1992 (KAV; BGS 812.52) für den Vollzug im Rahmen des Baugesuchs- oder Sondernutzungsplanverfahrens zuständig. Ausserhalb der Bauzone erfolgt das Verfahren gemäss § 38 bis Kantonales Planungs- und Baugesetz vom 3. Dezember 1987 (PBG; SR 711.1). Allfällige Nutzungseinschränkungen, Sanierungs- und Entsorgungsmassnahmen werden aufgrund von Art. 34 Bundesgesetz über den Umweltschutz (USG) vom 7. Oktober 1983 (SR 814.01), Art. 8 ff. VBBo und allenfalls Art. 16 Verordnung über die Sanierung belasteter Standorte (AltiV) vom 26. August 1998 (SR 814.680) durch die zuständige Amtsstelle des Kantons verfügt.

# Belasteter Ablagerungsstandort (gemäss Art. 32c USG)

#### 1 Beschreibung

§ 11

Bei belasteten Standorten (neben den im Plan dargestellten Ablagerungsstandorten auch bei Betriebs- und Unfallstandorten) muss mit Belastungen des Untergrundes gemäss Altlastenverordnung (AltIV) Art. 2 gerechnet werden. Damit auf einem belasteten Standort gebaut werden darf, muss (gemäss AltIV Art. 3) bekannt sein, dass der Standort nicht sanierungsbedürftig ist und es auch durch das Bauvorhaben nicht wird. Sollte die Frage der Sanierungsbedürftigkeit zum Zeitpunkt der Baubewilligung nicht beantwortet werden können, darf das Bauvorhaben nur realisiert werden, wenn dadurch eine allenfalls später notwendige Sanierung nicht verhindert wird. In jedem Fall muss bei Bauvorhaben auf belasteten Standorten ein Entsorgungskonzept für den belasteten Aushub bei der zuständigen Behörde eingereicht und von dieser bewilligt werden.

#### 2 Handlungsanweisung

Die Baubehörde der Gemeinde stellt sicher, dass bei Bauvorhaben auf als "belasteter Ablagerungsstandort" ausgewiesenen Flächen in jedem Fall die zuständige Amtsstelle des Kantons beigezogen wird. Bei Bauvorhaben auf Gewerbe- und Industriestandorten empfiehlt es sich ebenfalls, Rücksprache mit der zuständigen Amtsstelle zu nehmen, solange nicht die Sicherheit besteht, dass es sich um einen belasteten Standort handeln kann. Allfällige Nutzungseinschränkungen, Sanierungs- und Entsorgungsmassnahmen werden aufgrund von Art. 32 und Art. 34 des Bundesgesetzes über den Umweltschutz (USG) vom 7. Oktober 1983 (SR 814.01 und Art. 16 Verordnung über die Sanierung belasteter Standorte (AltIV) vom 26. August 1998 (SR 814.60) durch die zuständige Amtsstelle des Kantons verfügt.

§ 12	Verfahren
1 Erlass	Die Zonenvorschriften unterliegen dem Verfahren nach §§ 15 ff des Planungs- und Baugesetzes.
§ 13	Inkrafttreten / Übergangsrecht / Beschwerde
1 Inkrafttreten	Dieses Reglement tritt nach der Genehmigung durch den Regierungsrat und mit der Publikation des Genehmigungsbeschlusses im Amtsblatt in Kraft.
2 Anwendung	Es findet Anwendung auf allen Verfahren, die nicht durch einen rechtskräftigen Entscheid erledigt sind.
§ 14	Altes Recht
1 Aufhebung	Mit dem Inkrafttreten dieses Reglements sind alle widersprechenden früheren Bestimmungen, insbesondere das Zonenreglement vom 10.7.1990 aufgehoben.